

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten Sukzessivadoption, das Gesetz zur Vermeidung von Gefahren und Mißbräuchen im Hochfrequenzhandel sowie über den Einsatz in Mali. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Sukzessivadoption](#)
2. [Hochfrequenzhandel](#)
3. [Einsatz in Mali](#)
4. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

Neuer Lebensmittelskandal:  
Falsch deklarierte Bio-Hühnereier





## **1. Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten Sukzessivadoption**

Das Bundesverfassungsgericht hat in der vergangenen Woche entschieden, daß ab sofort Sukzessivadoptionen auch in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zulässig sind und den Gesetzgeber verpflichtet, bis 2014 eine gesetzliche Regelung dafür zu schaffen. Ehepartner dürfen ein Kind gemeinschaftlich adoptieren, das leibliche Kind ihres Ehepartners adoptieren (Stiefkindadoption) oder ein vom Ehepartner zuvor adoptiertes Kind annehmen (Sukzessivadoption). Die Stiefkindadoption war bisher die einzig mögliche Adoptionsform für gleichgeschlechtliche Paare. Durch den Richterspruch des Bundesverfassungsgerichtes muß nun auch die Sukzessivadoption erlaubt werden. Dieses Urteil hat in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine heftige Diskussion entflammt. Einerseits möchte man nicht Getriebener der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sein und auf dessen Entscheidungen nur reagieren, sondern aktiv Gesellschaftspolitik gestalten. Andererseits fühlt sich die CDU/CSU dem Auftrag aus Artikel 6 des Grundgesetzes, wonach Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz staatlicher Ordnung stehen, besonders verpflichtet. Der gesellschaftlichen Entwicklung, die heute unterschiedliche Formen des Zusammenlebens zuläßt und sich nicht mehr hauptsächlich am Bild der Großfamilie orientiert, die wiederum Modell der grundgesetzlichen und einfachgesetzlicher Regelungen ist, muß Rechnung getragen werden. Das Urteil der Bundesverfassungsgerichts werden die Regierungsparteien als Rechtsstaatsparteien umsetzen. Die Union wird die Konsequenzen dieses Urteils sorgfältig prüfen; übereilte Entscheidungen wird es hier nicht geben.

## **2. Gesetz zur Vermeidung von Gefahren und Mißbräuchen im Hochfrequenzhandel**

In zweiter und dritter Lesung wurden im Bundestag weitere Regulierungen für einen gefährlichen Bereich des Finanzmarktes beschlossen. Der Hochfrequenzhandel erfolgt über computergesteuerte Handelsprogramme, die in Sekundenbruchteilen Kauf- und Verkaufssignale auslösen. Die Nutzungsbedingungen für dieses Finanzinstrument mußten verschärft werden, um besondere Risiken wie Systemüberlastungen und Überreaktionen bei Kursentwicklungen zu minimieren. Wie schon in der Vergangenheit ist Deutschland europäischer Vorreiter in der Finanzmarktregulierung. Anlegerschutz hat für uns oberste Priorität.



## **3. Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte**

Ebenso wurde in der vergangenen Woche über zwei Missionen entschieden, bewaffnete deutsche Streitkräfte nach Mali zu entsenden. Der Bundestag stimmte der Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali zu und entspricht damit einem Ersuchen der Regierung dieses westafrikanischen Landes. Bis zu 180 Bundeswehrangehörige können an der EU-geführten Ausbildungsmission für die malischen Streitkräfte teilnehmen. Ebenso beschloß der Bundestag die Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA). Die Bundeswehr wird im Rahmen der Unterstützungsmission im Logistikbereich eingesetzt. Transport- und Tankflugzeuge kommen zum Einsatz. Deutschland wird mit dieser Entscheidung seiner Bündnisverantwortung gerecht. In Mali hat sich eine gefährliche Situation entwickelt, in der islamistische Terrorgruppen die Schwäche des Staates ausnutzen und damit die ganze Region destabilisieren. Wir leisten einen wichtigen Beitrag, um eine weitere Verschärfung der Situation zu verhindern.

## **4. Neues aus Mannheim und der Region**

### **Innovativer Lärmschutz**

Die DB Netz AG teilte mir auf meine Anfrage bezüglich der Lärmschutzmaßnahmen an der östlichen Riedbahn in Neuostheim hin mit, sie werde das vorhandene Schallgutachten hinsichtlich des Einbaus von Lärmschutzfenstern überarbeiten. Die Realisierung dieser passiven Maßnahme sei für voraussichtlich Ende 2013 geplant. Bislang wurden bei dem Pilotprojekt innovative Lärmschutzmaßnahmen in Form von Schienenstegbedämpfern und einer niedrigen Schallschutzwand getestet. Seitens der Bewohner wurde jedoch weiter über eine hohe Lärmbelastigung geklagt. Die DB Netze sicherte mir zu, äquivalente Lärmschutzmaßnahmen auch für das zweite Gleis der östlichen Riedbahn, dessen Inbetriebnahme für 2015 geplant sei, durchzuführen. Die Hartnäckigkeit der Bürgerinitiative Innovativer „Lärmschutz Riedbahn-Ost/Mannheim Neuostheim“ hat sich ausgezahlt. Den Anliegern wurde nachhaltiger Lärmschutz zugesichert. Dies ist ein Zeichen erfolgreichen bürgerschaftlichen Engagements.

### **Berlin bewilligt Vorhaben zum Forschungscampus**

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Thomas Rachel MdB, teilte mir mit, daß vier Mannheimer Institutionen Zuwendungen im Rahmen der Förderinitiative „Forschungscampus – öffentlich-private Partnerschaft für Innovationen“ erhalten. Beim Forschungscampus handelt es sich um ein neuartiges Kooperationsinstrument, durch das die mittel- und langfristige Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen gefördert werden soll. Die Wissenschafts- und Wirtschaftspartner des Forschungscampus „M<sup>2</sup>OLIE“ (Mannheim Molecular Intervention Environment) entwickeln eine neue Therapieumgebung, mit der die Behandlung des Patienten auf den Krankheitsherd beschränkt erfolgen soll und die Heilung auf den einzelnen Defekt in der Zelle ausgerichtet ist.



Die Medizinische Fakultät Mannheim der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg erhält Fördergelder in Höhe von 242.880 Euro, das Fraunhofer Institut für Produktionstechnik und Automatisierung 211.000 Euro, die Fakultät Informationstechnik der Hochschule Mannheim 192.844 Euro und der Lehrstuhl für ABWL und Wirtschaftsinformatik der Universität Mannheim wird mit einer Zuwendung in Höhe von 82.094 Euro gefördert. Die Projektlaufzeit begann am 1. Februar dieses Jahres und endet am 31. Januar 2014. Ich beglückwünsche die Partner von M<sup>2</sup>OLIE, eine der zehn in Deutschland geförderten Partnerschaften zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu sein. Dadurch wird Mannheims Rolle als Stadt der Wissenschaft weiter gefestigt. Der Zuschlag ist auch ein weiterer Beweis dafür, daß die Kooperation zwischen den medizinischen Fakultäten in Mannheim und Heidelberg funktioniert.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 277 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)